
FDP Maintal

ALTERNATIVE NUTZUNG DER POLIZEISTATION PRÜFEN

22.04.2017

FDP MAINTAL STELLT ANTRAG ZUR STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG IM MAI

„Wir sehen in der Nutzung als Gründerzentrum nicht die einzige Alternative für die Polizeistation in Dörnigheim!“ begründet der FDP-Vorsitzende Klaus Gerhard einen Antrag der Freien Demokraten für die kommende Stadtverordnetenversammlung im Mai und führt weiter aus: „Wir können uns sehr wohl vorstellen, dass das Gebäude nach dem Auszug der Polizei für die städtische Verwaltung genutzt wird.“ Das Gebäude muss ohnehin gründlich saniert werden, so dass es jetzt der richtige Zeitpunkt ist, die Alternativen zu prüfen. „Nur die Möglichkeit des Gründerzentrums zu prüfen, greift viel zu kurz.“ gibt sich Klaus Gerhard überzeugt, dass die Überlegungen der Bürgermeisterin nicht weit genug gehen.

„Unsere Vorstellung umfasst eine dauerhafte Nutzung der Polizeistation durch die Verwaltung.“ erklärt der FDP-Fraktionsvorsitzende Thomas Schäfer das Konzept. Danach soll erst die Polizeistation saniert und durch die Verwaltung bezogen werden. Anschließend kann in Etappen der bestehende Anbau des Rathauses in Hochstadt saniert werden und zum Schluss die angemieteten Räumlichkeiten in der Bischofsheimer Straße aufgegeben werden. „Wir brauchen damit weder einen Rathausneubau noch einen Abriss oder eine Aufstockung des Altbaus am Rathaus, um den Verwaltungsbedarf abzudecken.“ weist Thomas Schäfer zudem darauf hin, dass die Fläche in der Polizeistation größer ist, als die in der Raiffeisenbank.

„Aus unserer Sicht können so notwendige Sanierungen verschiedener städtischer Gebäude zeitlich und inhaltlich gut miteinander kombiniert werden und das ohne

zusätzliche Flächen für die Renovierungszeiten anmieten zu müssen“, sieht Klaus Gerhard die Vorteile des FDP-Konzeptes. Gerhard hofft laut eigener Aussage darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung dem Prüfungsauftrag zustimmen wird um ein optimales Konzept zu entwickeln. Thomas Schäfer ergänzt: „Für das Gründerzentrum haben wir aktuell eine funktionierende Lösung. Auf Dauer können mit Unterstützung der MIG Alternativen entwickelt werden, die den Ansprüchen der Unternehmensgründer und den Fördermöglichkeiten der Stadt noch besser entsprechen.“

Klaus Gerhard und Thomas Schäfer machen deutlich, dass die FDP mit ihrem Antrag zeigt, dass die Maintaler Politik weiter mit Augenmaß und Sachverstand an der Lösung der gestellten Aufgaben arbeitet. „Es gibt viele Möglichkeiten, vorhandene Ressourcen auszuschöpfen und mit dem Steuergeld der Bürger sorgsam umzugehen.“ unterstreichen beide Stadtverordnete der Freien Demokraten, dass sie weiterhin im Geiste ihres Wahlprogramms und im Sinne der Steuerzahler aktiv sind.